

# Die Uhrmacherkunst



Alleiniges und eigenes Organ des Zentralverbandes der Deutschen Uhrmacher E. V.

Halle (Saale)

50. JAHRGANG

17. Juli 1925

NUMMER 29

Nachdruck sämtlicher Aufsätze und Notizen ohne ausdrückliche Genehmigung der Schriftleitung verboten

## Die Luxussteuer wankt — helft sie stürzen!

Der Deutsche Uhrenhandelsverband, welcher in Federführung für alle Verbände des Uhren- und des Edelmetallhandels die Eingabe vom 12. Juni an den Steuerausschuß des Reichstages gerichtet hatte, teilt mit:

In der Sitzung des Steuerausschusses vom 8. Juli ist die Luxussteuer erstmalig zur Besprechung gelangt. Das Ergebnis dieser Besprechung ist eine seitens der Regierungsparteien, unter Einschluß des Zentrums, gefaßte Entschliebung, laut welcher unter Ablehnung einer generellen Beseitigung der Luxussteuer die Reichsregierung, d. h. das Reichsfinanzministerium, ermächtigt werden soll, nähere Bestimmungen über die Abgrenzung der luxussteuerpflichtigen Gegenstände zu erlassen und dabei für bestimmte Gegenstände oder Gruppen von Gegenständen den Steuersatz auf weniger als 10 % festzusetzen, aber vor Erlaß derartiger Bestimmungen dieselben einem vom Reichswirtschaftsrat einzusetzenden Sachverständigenausschuß, sowie einem achtundzwanzigliedrigen Ausschuß des Reichstages zur Begutachtung vorzulegen. Dieses Ergebnis muß nach Auffassung sämtlicher beteiligten Kreise als durchaus unbefriedigend angesehen werden, da die Schädigungen der Luxussteuer die gleichen bleiben.

Wir haben zu unserem Bedauern feststellen müssen, daß verschiedene Parteien, entgegen der uns seitens ihrer Abgeordneten gegebenen festen Zusicherung, umgefallen sind bzw. versagt und die Interessen der Wirtschaft nach unserer Meinung vollständig beiseite gelassen haben. Während der Sprecher der Deutsch-Demokratischen Partei, Dr. Fischer (Köln), bei seiner von den gesamten Wirtschaftskreisen allseitig begrüßten bisherigen streng ablehnenden Haltung verbleibend, in Gemäßheit des Beschlusses seiner Fraktion nach wie vor auf völlige Beseitigung der Luxussteuer gedrungen hat, hat die Stellungnahme der übrigen Parteien, die gemäß ihrer programmatischen Erklärung oder durch Stellung entsprechender Anträge im Reichstag für die gänzliche Beseitigung dieser Steuer eingetreten waren, an Festigkeit so ziemlich alles zu wünschen übrig gelassen. So hat beispielsweise die Wirtschaftliche Vereinigung noch am 30. April d. J. den Antrag auf Aufhebung der §§ 15 bis einschließlich 29 des Umsatzsteuergesetzes eingebracht (Reichstags-Drucksache 846), sich trotzdem aber bereitfinden lassen, der vorerwähnten Entschliebung der Rechtsparteien beizutreten, was einen glatten Umfall darstellt. Außerordentlich enttäuscht hat unter anderem auch die

Haltung des Vertreters der Deutschnationalen Volkspartei im Steuerausschuß, des Abgeordneten Budjahn, der uns bestimmt zugesagt hat, für die Beseitigung der Luxussteuer eintreten zu wollen, gleichwohl aber seinen Namen für die obige Entschliebung hergegeben hat.

Demgegenüber hat mit Befriedigung festgestellt werden können, daß unsere Bemühungen, die sich in besonders eingehender Weise auch auf die Bearbeitung der Gewerkschaften erstreckt haben, dazu geführt haben, daß die Sozialdemokratische Partei geschlossen im Steuerausschuß für die Beseitigung der Luxussteuer eingetreten ist. Das gleiche ist der Fall seitens der Kommunistischen Partei.

Nach wie vor wichtig bleibt es, die Zentrumspartei von der Schädlichkeit der Luxussteuer zu überzeugen und dieselbe für eine völlige Beseitigung zu gewinnen.

Wir müssen unter allen Umständen auch erwarten, daß sämtliche Interessenten von sich aus das ihrige beitragen, indem sie ihnen bekannte Reichstagsabgeordnete der Deutschnationalen Volkspartei, der Deutschen Volkspartei, des Zentrums und der Wirtschaftlichen Partei möglichst telegraphisch noch zu beeinflussen suchen, für Aufhebung des Luxussteuergesetzes zu stimmen.

Mit Rücksicht darauf, daß die vorerwähnte Entschliebung des Steuerausschusses in den nächsten Tagen noch eine zweite und dritte Lesung im Ausschuß selbst, sowie fernerhin die endgültige Entscheidung im Plenum durchzumachen hat, ist dringende Eile geboten. Es darf an Telegrammspesen nicht gespart werden.

Nach uns seitens verschiedener Reichstagsabgeordneter, mit denen wir in dauerndem Einvernehmen stehen, gewordenen Informationen, stellt die eingangs erwähnte Entschliebung des Steuerausschusses noch keine endgültige Erledigung dar, und es besteht durchaus die Aussicht, daß in den zu erwartenden weiteren Lesungen noch eine Aenderung der Situation eintreten kann. Auch läßt die endgültige Entscheidung im Plenum noch Hoffnungen zu.

Besonderer Beachtung bedarf bei Beurteilung der Lage der Umstand, daß die Sozialdemokratie, der gegenüber die Einführung der Luxussteuer seinerzeit ein Entgegenkommen dargestellt hat, sich angesichts der für die Qualitätsarbeiter schädlichen Auswirkungen für die völlige Beseitigung der Luxussteuer ausgesprochen hat.